



Pressemitteilung vom 07.08.2013

Amaro Foro e.V. über den Berliner „Aktionsplan Roma“

Wichtiger Schritt zur Einbeziehung von Roma

Der Berliner Senat hat am 16. Juli 2013 den „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ verabschiedet und setzt damit als erstes Bundesland die Forderungen der EU Rahmenbedingungen für die Integration von Roma um. Der Plan enthält konkrete Maßnahmen in den Bereichen Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum, die zunächst in den kommenden zwei Jahren greifen sollen.

Die Maßnahmen des Berliner Senats verfolgen das Ziel der Beteiligung von Roma in der Gesellschaft und sollen generell auf Antiziganismus sensibilisieren. Bereits bewährte Projekte mit starker Roma Beteiligung sollen strukturell und finanziell gestärkt werden. Auch langjährig ehrenamtlich durchgeführte Projekte werden von nun an finanziell gefördert.

Besonders wichtig finden wir die gezielte Förderung und finanzielle Unterstützung der Anlaufstelle für Bürger_innen aus Rumänien und Bulgarien und das Kindernachmittagsangebot bei Amaro Foro e.V. sowie die Angebote für Menschen in Wohnungsnot.

Merdjan Jakupov, Vorsitzender des Vereins Amaro Foro e.V., einem Verein junger Roma und nicht-Roma, erklärt zum Aktionsplan: „Unser Verein begrüßt die Verabschiedung des Aktionsplans, um den Zugang für die betroffenen Menschen zu wichtigen menschlichen Grundbedürfnissen zu erleichtern. Allerdings sind wir darüber besorgt, dass der Aktionsplan segregierende Maßnahmen enthält in Bereichen, die sich nicht auf ethnische Herkunft reduzieren lassen. Wir fordern deshalb die Überarbeitung einiger Punkte.“



Sonderbehandlung von Roma ist gefährlich

Wir halten die Ethnisierung von sozialen Problemen wie z.B. Armut, Prostitution und häusliche Gewalt und die daraus resultierenden Maßnahmen für falsch. Der Zusammenhang mit Roma basiert hierbei auf Stereotypen. Durch den Fokus auf Bürger_innen aus Rumänien und Bulgarien stellt sich vielfach die Frage, inwiefern hier überhaupt von Roma ausgegangen werden kann. Der Aktionsplan birgt die Gefahr, dass Roma als Empfänger besonderer Unterstützung und somit als Belastung für die Staatskassen wahrgenommen werden. Der rassistische Wahlslogan der NPD („Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma“) zeigt diese Einstellung bereits überdeutlich. Um solche Argumentationen zu entkräften, sollten eine Ethnisierung vermieden und Zielgruppen klarer bezeichnet werden. Man ist sich der Generalisierung durch den Aktionsplan bewusst, heißt es dort, betreibt sie aber weiterhin und das birgt Gefahren.

Die Gefahr der Segregation und Sonderbehandlung sehen wir insbesondere bei den „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“. Aus unserer Erfahrung sind andere Konzepte, wie etwa zusätzliche Förderung bei gleichzeitigem Verbleib in der Regelklasse, erfolgversprechender für den Spracherwerb und für die so entscheidende soziale Inklusion der Kinder.

Gleiches gilt für Maßnahmen im Bereich Gesundheit. Wir sind dezidiert gegen einen Sonder-Fonds für Roma-Frauen, die keinen Krankenversicherungsschutz haben und in Berlin entbinden müssen. Statt des Ausbaus der Versorgung für Nicht-Versicherte sollte im Sinne der Inanspruchnahme des Regelsystems vielmehr die gesetzliche Nothilfe (z.B. nach §25 SGB XII) und der Krankenversicherungsschutz für die betroffenen Frauen im Vordergrund stehen. Wir haben bereits im Vorfeld des Aktionsplanes eine gezielte Maßnahme hierfür eingereicht. Für einen Fonds, fordern wir zumindest, dass die Maßnahme allen Frauen in der gleichen Situation offensteht und dass diese Maßnahme nicht aus Geldern für Roma-Inklusion finanziert wird.

Auch die Notunterkunft für Wohnungslose sollte nicht ausschließlich für Roma konzipiert werden. Wie in unserer Pressemitteilung vom 17.12.2012 dargestellt, fehlt in Berlin eine niedrigschwellige Unterkunft für Familien mit Kindern, egal welcher Herkunft.



Wir sehen in der Einrichtung einer „Roma-Unterkunft“ eine Gefährdung der Sicherheit der Bewohner_innen. Dass diese Gefahr real ist, zeigte der Neonazi-Aufmarsch vor wenigen Wochen in der Nähe einiger Asylbewerberunterkünfte. Deshalb fordern wir eine Notunterkunft für Familien, die nicht im Rahmen einer Roma-Strategie, sondern als regulärer Teil des Versorgungsnetzes finanziert wird, zu der aber der Zugang von Roma durch Vermittlungsangebote gewährleistet wird.

Diskriminierung stärker benennen und bekämpfen

Probleme, gerade die des Zugangs zu Versorgungssystemen, ergeben sich aus einer strukturellen Diskriminierung heraus. „Es gilt auch, dem Antiziganismus zu begegnen“ wird jedoch nur in einem Nebensatz des Aktionsplans erwähnt und es wird lediglich eine Maßnahme hierfür vorgeschlagen. Die Diskriminierung in Verwaltungen als Exklusionsfaktor wird weiterhin zu wenig wahrgenommen. Nicht das Misstrauen von Roma gegenüber Behörden, sondern das Misstrauen der Behörden gegenüber Roma ist unserer Erfahrung nach ausschlaggebend für den erschwerten Zugang zu Behörden. Wenn etwa Mitarbeiter von Bezirksämtern der Meinung sind, dass Roma aus kulturellen Gründen im Freien leben, dann ist es schwierig, sie von der Not der Familie und der Notwendigkeit der Unterbringung in einem Obdachlosenheim zu überzeugen. Viele solcher und ähnlicher Situationen erfahren wir in unserer täglichen Arbeit.

Antiziganismus in Berlin zu bekämpfen sollte klarer als Hauptziel des Aktionsplanes formuliert werden. Immerhin ist die Diskriminierung von Sinti und Roma der Grund, überhaupt einen Aktionsplan zu schreiben.

Wir fordern eine intensive Beteiligung aller relevanten NGOs bei den Entscheidungen der Lenkungsgruppe, sowie bei der Umsetzung der Maßnahmen und wünschen uns eine vertraulichere Zusammenarbeit.

Amaro Foro e.V. („Unsere Stadt“) ist der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V. und ein Verein von jungen Roma und nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen. Der



Verein unterstützt eine Jugendgruppe und betreut ein Kinderprogramm, fördert Bildung und Weiterbildung von jungen Roma, engagiert sich in Kultur- und Community-Building-Projekten sowie an Berliner Schulen und betreibt eine Sozialberatungsstelle für Roma Migrant_innen aus neuen EU Mitgliedsländern.

Für weitere Informationen über unsere Arbeit besuchen Sie unsere Website www.amaroforo.de

Kontakt

Marius Krauss
presse@amaroforo.de
030 43205373

Bisher erschienene Pressemitteilungen

<http://amaroforo.de/organisation/presse/pressemitteilungen>